

Wöchentliche Anzeiger

für Genesern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsbeständige Korrespondenz 8.—, Postanweisung 14.—, B.

Abonnementpreis in der Gegend dieses Landes, Poststraße 10, bis spätestens 2 Uhr. Briefe und sonstige Zusagen müssen am vorhergehenden Tage in unsern Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Postanstalt 63.00 RM, von anderen Orten ins Haus gebracht 65.00 RM Einzelnummer 600 Hfr.

Bestellfrist: und monatliche Bezüge werden nicht in der Gegend dieses Landes, Poststraße 10, nach von anderen Orten mit einem Zuschlag angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Kopp für die Stadt Genesern

№ 139

Dienstag, den 28. November 1922.

61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Dem Kabinett Cuno wurde vom Reichstag ein Vertrauensvotum erteilt.

— Der Reichspräsident hat die Ernennung des Reichspräsidenten Dr. Müller-Born in die Reichspräsidentenwahl bestätigt.

— Die Reparationskommission hat ihre Entscheidung über die deutschen Forderungen auf eine Woche vertagt.

— Nach einer Meldung des „Main“ aus Belgisch sind dort demnächst Verhandlungen wegen des Eintrits Belgiens in die kleine Entente geplant.

— Die griechische Regierung ist zurückgetreten.

— Zwischen den beiden liberalen Parteien Englands finden Einigungsverhandlungen statt.

— Der Hausstaatssekretär des Reichstages ermächtigt die Regierung zur schleunigen Ausführung der ersuchten Beschlüsse an die Beamten.

Vertrauensvotum für Cuno.

Der Reichstag hat am Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung nach Ablehnung eines Kommissionsbeschlusses mit großer Mehrheit das von Dr. Peterfen (Dem.) eingebrachte Vertrauensvotum angenommen, das folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Note vom 13. November dieses Jahres zur Grundlage ihrer Politik machen will.

Ein von kommunistischer Seite eingebrachter Antrag auf nennenswerte Ablehnung über den Antrag Dr. Peterfen hatte nur noch die Unterstützung der Gruppe Liebknecht und der deutschsozialistischen Gruppe gefunden.

Der Verlauf der Verhandlung.

— Berlin, 25. November 1922.

In der heute fortgesetzten Besprechung der Regierungserklärung kommt zunächst der Vertreter der „zwei Mann“ zusammengefügten „Anabaptisten“, Abg. v. G. v. B. zu Wort. Da der Kanzler zu Beginn der Sitzung noch nicht anwesend war, fordert der Redner den Reichspräsidenten auf, nach dem Kanzler fragen zu lassen, da er bestimmte Auskünfte von ihm zu verlangen habe. Er verlangt Auskunft über das Ergeben der Untersuchung gegen den Ernährungsminister Dr. Müller. Er richtet an den Vertreter des Kanzlers die Frage, ob Dr. Müller noch Minister ist oder ob er zurückgetreten sei. Der Redner bekräftigt dann die Reaktionsbildung und sagt dem Kabinett Cuno ein baldiges Ende voraus.

Minister Cuno des Ernährungsministers Müller. Nach der einfindigen Rede Liebknechts ergreift der Reichskanzler Cuno das Wort. Er teilt mit, daß Dr. Müller-Born einen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet hat. In diesem Briefe wird Bezug genommen auf die Vorfälle in der Freitagsstimmung des Reichstages. Das Kabinett habe noch in der vergangenen Nacht festgestellt, daß an Dr. Müllers vaterländischer Gesinnung keinerlei Zweifel geräufert seien.

Dr. Müller erklärt, daß seine Tätigkeit sich immer auf versöhnungsbereiten Boden bewegt habe. Trotzdem bittet er den Reichspräsidenten, ihn aus dem Amte des Ernährungsministers zu entlassen, zu dem er sich nicht gedrängt habe.

Der Reichskanzler stellt weiter fest, daß der Justizminister in der vergangenen Nacht die gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe geprüft habe. Hierbei habe der Abg. Sollmann-Klein erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Müller zu irgend einer Zeit die Lösung der Rheinlande gemollt habe. Die Vorwürfe gegen die vaterländische Gesinnung Dr. Müllers scheiden damit aus. Trotzdem befinde Dr. Müller auf seinem Ministerposten, weil ihm die zu Tage getretenen Gegenstände die Konzentration aller Kräfte auf sein hochbedeutungsvolles Amt unmöglich machen würde.

Der Reichskanzler erklärt, daß er zu seinem Bedauern das Gehalt Dr. Müllers unterrichten müsse, weil in dieser Zeit unfruchtbarer Parteikampf betrieben und fruchtbarer Arbeit gelistet werden müsse. Er hoffe, daß das Kabinett bald ergänzt sein werde und schneller an die verständigste Mitarbeit des Reichstages (Beisitz in der Mitte).

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abg. Strösemann, geht zunächst kurz auf den Fall Müller ein, der durch den Eintritt des Ministers aus der weiteren politischen Debatte ausscheidet. Der Redner weist dann den Vorwurf zurück, die Deutsche Volkspartei habe der Schaffung der großen Koalition Schwereitungen gemacht. Die Regierungsbildung sei überhaupt nicht, wie die Legende sagt, durch die Parteien und Fraktionen des Reichstages erschwert worden. Sowohl innerhalb des Hauses wie auch unter den Führern der Volkspartei sei es für den Kanzler schwer gewesen, verantwortungsfreudige Mitarbeiter zu finden. Der Redner rügt es besonders, daß verschiedene Diplomaten, an die der Ruf zur Übernahme des Reichspräsidenten amts erging, es nicht einmal für nötig gehalten hätten, nach Berlin zu kommen. Daß sich eine große Partei nicht an der Regierungsbildung beteiligt habe, werde man draußen im Lande nicht als sachliche Mitarbeit betrachten. Der Redner vermahnt sich weiter dagegen, daß man der Deutschen Volkspartei Nachsicht vorwerfe und daß man sie mit Herrn Stinnes identifiziere.

Die Währungsreform

Es ist unmöglich ohne die Wiederherstellung der normalen Produktion. Wir leiden an einem Unterkonsum. Die Herstellung stabiler Verhältnisse in Deutschland würde unser volkswirtschaftliches Ansehen so heben, daß sich schon daraus allein eine Stabilisierung der Mark erwarten ließe. Eine Produktionssteigerung würde eine Markverfestigung zur Folge haben. Unser Währungsverfall ist bedingt durch die genauen Reparationsleistungen. Das sollte auch Frankreichs Zweifel an Deutschlands autem Willen beseitigen. Eine Politik des Wiederaufbaues und der Befähigung der deutschen Volkspartei, die wir nicht begriffen, ist nicht mit der französischen Sachhaltigkeit vereinbar. Wir müssen endlich ein Definitivum schaffen, dessen Forderung ich in der Kanzlererklärung getreu vermissen habe. Auch gegenüber Frankreich ist aktive Politik notwendig. Das Memelland muß wieder zu uns gehören. Der Redner billigt das Programm des Kanzlers und fordert Zusammenfassung aller Kräfte in dem einen Bedanken: für Volk und Arbeit!

Abg. Reich (Ndr. Sp.) führt der Entente die deutsche Not vor und begrüßt die Erklärung des Reichskanzlers zum Föderalismus.

Inzwischen ist ein kommunistischer Vertrauensvotum eingebracht.

Abg. v. G. v. B. (Deutsch-Völkisch) erklärt, daß seine Parteigruppe draußen im Lande eine stärkere Unterstützung habe, als ihre geringe Anzahl hier im Reichstage vermuten lasse. (Zuruf links: Mussolini!) Trotz aller Sympathien für manche Persönlichkeiten des Kabinetts können die Deutsch-Völkischen dem Vertrauensvotum nicht zustimmen, weil dem Kabinett das nationale Bürgerliche Herz fehle.

Abg. Müller-Franzen (Co.) wirft die Frage auf, wozu die Währungsreform solle, wenn die Vertreter von solchen Parteigruppen, die nur drei Mann zählen, hundertenlang Reden halten. Der Redner verteidigt dann die Haltung seiner Fraktion gegenüber den Angriffen aus dem feindlichen Lager. Seine Fraktion habe sich durchaus nicht bedingungslos auf den Boden der Note vom 13. November gestellt. Die Arbeiter müssen sich aufbäumen gegen die Zusammenarbeit mit einer Partei, in deren Reihen ein Sozialist ist, dessen Reichsregierung letzter Schluß der Reichstagsstimmung ist. Der Redner erklärt, daß seine Partei das Kabinett nicht gefürchtet habe. Das Kabinett sei nur ein verführtes Kabinett der Arbeiterschaft. Alle Schritte der Regierung zur Stabilisierung der Mark werden auch von den Sozialdemokraten unterstützt werden. Der Boden der sachlichen Opposition soll nicht verlassen werden.

Darauf wird auf Antrag Peterfen (Dem.) gegen die Kommunisten der Schluß der Besprechung beschloffen. Besonders gibt Abg. Sollmann noch eine Erklärung in der Angelegenheit Müller-Born ab. Der Redner erklärt, daß er von seinen Vorwürfen gegen Dr. Müller irgend etwas zurückgenommen habe, wie man aus den Worten des Reichskanzlers entnehmen könne.

Es folgt dann die eingangs mitgeteilte Abstimmung über die vorliegenden Punkte.

Bur Lage.

Eine sozialistisch-kommunistische Regierung in England? Alle die kommunistische „Sozialistische Arbeiterzeitung“ mitteilt, hat die K. P. D. der S. P. D. mitgeteilt, sie sei bereit, mit ihr ein gemeinsames Programm zu einer Arbeiterregierung aufzustellen. In dem Brief wird festgestellt, daß die Sozialisten die Forderung an die K. P. D., die Verfassung anzuerkennen, fallen gelassen hätten, eine Behauptung, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt.

Überst Aufstellungen. Der Offenbacher Schriftsteller und Kunstgewerbetler Rudolf Koch hat dem Reichspräsidenten den Antrag zur Unterstützung von zwei Reichsbediensteten für den Gebrauch in persönlichen Diensten des Reichspräsidenten erlassen. Die Aufstellungen werden in Rede ausgeführt.

Die Verhandlung gegen die Edermann-Mitglieder. Der Prozeß gegen den Kaufmann Edermann und den Landwirt Edermann, die im Vorverdict an dem Kaiser Oberbürgermeister Edermann angeklagt sind, ist vom Staatsgerichtshof zum Schluß der Verhandlung auf den 4. Dezember d. J. angelegt worden. Es sind 14 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Der Prozeß dürfte drei Tage in Anspruch nehmen.

Verbot von „Mittelstücken“ in Bayern. In Bayern ist durch Ministerialverordnung das Tragen von Mäuffeln, Schlagringen, Topfhängern, Schindeln aller Art, Knäpeln aus Gummi, Holz, Metall oder anderen Stoffen verboten worden.

Das Urteil der „Times“ über Cuno. London, 26. Nov. In einem Artikel der „Times“ über das Kabinett Cuno heißt es, die Reparationskrisis und die innere Finanzkrise Deutschlands forderten eine Regierung, die frei und objektiv handeln könne, ohne zu sehr durch Parteifesseln gebunden zu sein. Die Rede Cunos ist zwar persönlich fragwürdig, jedoch vom Standpunkt der Effizienz wenig einwirkend. Infolge seiner persönlichen Verbindungen durch Schiffbauinteressen mit dem westlichen Europa und Amerika habe er offenbar die Ansicht, die Forderung dieser Forderung mit dem Wesen so lange wie möglich offen zu halten. Jetzt, wo eine deutsche Regierung gebildet werden sei, könne die deutsche Reparationsnote vom 13. November, die in der Luft hängen blieb, endlich im einzelnen erörtert werden.

America und die Besatzungskosten.

Paris, 26. Nov. America hat seine Teilnahme an der demnächst in Paris stattfindenden Konferenz über die Besatzungskosten zugesagt. Der Unterstaatssekretär des Schatzamts, Robinson, wird, wie die „Chicago Tribune“ meldet, Amerika auf dieser Konferenz vertreten.

Die nächste Sitzung des preussischen Staatsrats. Berlin, 26. Nov. Der preussische Staatsrat tritt am Dienstag, den 28. November, zu einer kurzen Tagung zusammen.

Englische Forderungen an die Türken.

London, 26. Nov. Die Engländer haben Ismed Pascha die Einbeziehung von Bagdad in Adria-nopel, ebenso von Eimelike, südlich von Adrianopel, zugesagt. Die englisch-türkischen gegenseitigen Konventionen beginnen auch in anderen Fragen sich abzugleichen.

Englische Kapital für Krupp in Ausland.

Berlin, 26. Nov. Nach einer Blättermeldung im Hinblick der Krupp-Krump und einer englischen Interessentengruppe eine Vereinbarung über die Ausnutzung der Krupp-Konzession in Ausland zustande gekommen. Von englischer Seite werden 75 v. H. des notwendigen Kapitals zur Verfügung gestellt. Als Vermittler bei dieser Vereinbarung trat Besse Krupp auf, der selbst aber nicht beteiligt ist.

Die Kritik der Reparationskrise.

London. Morgens lehnte eine Unterredung mit Boin-care ab, er sei der Ablehnung gewisser Vorbildungen, darunter fünfjähriges Moratorium und Reduktion der Reparationen. — Morell richtete im Unterhaus an die Regierung die entscheidende Frage, was sie tun wolle, wenn Frankreich seine Zustimmung zum Moratorium von der Rückzahlung über der Abführung der Rheinlande von Deutschland abhängig mache. — Die Arbeiterpartei opponiert schärfstens gegen jede Ausbeutung der französischen Besatzung durch farbige oder andere Truppen. — Die „Times“ bespricht das Kabinett und das Programm Cunos nicht unfreundlich.

Merlei aus aller Welt.

* **Auszeichnung von 11 Hamburger Seefahrern.** Ein Mitglied der Besatzung des am 9. September an der holländischen Küste untergegangenen Dampfschiffes „Hammonia“, die sich durch tapferes Verhalten bis zum letzten Augenblick besonders ausgezeichnet hatten, wurde von der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie eine Geldstrafe mit je 100.000 M. überreicht. Die 10 Ausgezeichneten sind der erste und zweite Offizier, der erste und zweite Ingenieur, der Funke, ein Steuerwart, ein Heizer und ein Matrose.

* **Beleuchtung des Parkes in Jena.** Unter Bericht auf eine Schenkensteuer hat der Stadtrat von Jena ein Ortsgesetz beschloffen, wonach der Besuch der Gärten und ähnlicher Lokalitäten beleuchtet wird. Jeder Besucher hat den Wert von fünf Glas Bier zu zahlen. Für die Steuer haftet der Lokalbesitzer ober der Pächter. Der Ertrag der Steuer ist zur Verbilligung der Milch für Minderbemittelte bestimmt.

* **Mordanschlag.** Aus der Peter-Paulskirche in Stettin ist das Abendmahlsgesetz gestohlen worden. Darunter befinden sich zwei Kelche, von denen der eine aus dem Jahre 1622 stammt und von dem Herzog Bogislaw der Gemeinde geschenkt worden ist. Er hat großen Wert. Der Dieb wurde über eine Million betragen. Vermutlich hat der Dieb sich nach dem Gottesdienst eingeschlichen und ist dann durch eine Seitenröhre entkommen.

* **Mein Karmesin in Hamburg.** Mit Rücksicht auf die Not der Zeit wird auch im hamburgischen Staatsgebiet die Veranstaltung öffentlicher Karmesinfester Hinsichtlich der Karmesinfester Aufstellungen sowie von öffentlichen karmesinfestlichen Langlaufarbeiten nicht zugelassen.

* **Die Eisenbahnüberfälle im Heidekreis** nehmen einen bedrohlichen Umfang an. In den letzten vierzehn Tagen sind in dem Bezirk Gremberg fast jede Nacht Überfälle auf Güterzüge ausgeführt worden, wobei den Räubern Güter im Gesamtwert von zehn Millionen Mark in die Hände fielen. So wurde in der Nacht zum 17. ein Güterzug zwischen Kriebitz

Kalkseuren überfallen, nachdem bereits vier Nächte hintereinander an derselben Stelle Züge geraubt worden waren. Bei dem letzten Überfall bei Gremberg wurden Brigaden im Werte von etwa 700.000 Mark und eine Kiste Geldscheinen im Werte von etwa 50.000 Mark geraubt. Die Bande konnte nicht überwältigt werden, weil von sieben Soldaten der Bahnpolizeibeamten fünf verletzten.

* **Eine jüdische Familientragödie** wird aus Boguschi bei Katowice gemeldet. Dort hatte eine Frau ein Schwein für 50.000 Mark verkauft und das Geld auf den Tisch legen lassen. Das dreifährige Scherchen fraß das Geld in den Ecken. Als der Vater von der Arbeit nach Hause kam, erzählte die Frau das Vorkommnis. Der erkrankte Vater ergriff das Kind, ging mit ihm hinaus und haakte ihm beide Hände ab, ohne daß die Frau etwas davon bemerkte. Als der Mann mit dem Kinde nicht zurückkehrte, ließ die Mutter ihr kleines Kind, das gerade gebadet wurde, im Wasser und ging hinaus, den Mann zu suchen. Draußen fand sie ihr Kind im Blut und den Mann, der sich aus Verzweiflung erhängt hatte, leblos vor. Als die Frau zurückkehrte, war auch das Kind in der Banne ertrunken. Um das Maß des Unglücks voll zu machen, traf die Frau ein Herzschlag, der sie tot zu Boden stürzte.

Der kommende Winter wird Not und Verbitterung in unserer Volksseele wecken. Wir werden alles anwenden, um zu lindern. Alle müssen sich für die Erhaltung von Ordnung und Ruhe einsetzen. Die Erhaltung einer unparteiischen Rechtsprechung ist erstes Gebot. Die Regierung wird aus Überzeugung die Rechte der Länder, wie sie bestehen, wahren, ihre verfassungsmäßige Mitarbeit an den Angelegenheiten des Reiches pflegen, und Wünsche nach freierer Entfaltung nach Möglichkeit erfüllen. Dies ist der Geist, in dem wir die Arbeit beginnen. Ich lade Zustimmung und Mitarbeit hierfür als Pflicht gegenüber der Not des Vaterlandes.

* **Ein zweifaches Mordverbrechen.** Das zurzeit auf italienischem Boden stehende Dampfschiff „V. G.“ auf dem Bremerhof ist nachts bis auf die Grundmauern abgebrannt. Die im Hotel wohnenden drei Familien konnten sich retten.

Juden in Indien.

Die Juden von Bombay bilden eine Gemeinschaft, die in mannigfacher Hinsicht das Interesse in Anspruch nimmt. Sie selbst nennen sich mit Rücksicht auf das Bournel, das gegen sie seitens der mohammedanischen Nachbarn besteht, nicht Juden, sondern Beni-Israel. Der Ueberlieferung nach stammen sie von hebräischen Juden und ebensowohl Jüdinnen ab, den einzigen Ueberlebenden einer Schar, die sich vor etwa 1800 Jahren für historische Schriftsteller.

Eine englische Schriftstellerin Miss Clemence Dane hat ein Buch über den Charakter William Shakespeares geschrieben, das ihr, wie ihre Landsleute meinen, wenn sie es in Frankreich veröffentlicht hätte, wahrscheinlich eine Klage wegen Ibsen-Nachrede gegen einen Seitenzug haben würde. Eine englische Zeitung erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß Dumas der Vetter es am eigenen Leibe zu erfahren hatte, wie streng die französische Gesetzgebung das Andenken historischer Persönlichkeiten schützt. So hatte ihn der Marquis de Beaufort wegen seines Romans „La Route de Barneville“ verhaftet, weil sein Großvater in der Erzählung beschuldigt wurde, Ludwig XVI. und Marie Antoinette bei ihrer Flucht aus Paris die Aufnahme verweigert zu haben. Der Gerichtshof erlaubte dem Autor, daß von dem Roman eine neue Ausgabe veranlaßt werden müsse, die den besonderten Hinweis zu enthalten habe, daß das schändliche Königspaar von dem Marquis beherbergt worden sei. Eine zweite Klage wurde gegen Dumas von dem Marquis d'Ornan St. Luc wegen Verächtlichmachung seines Vaters Francis de St. Luc in der „Dame de Montreuil“ anstrengt. In diesem Fall wurde freilich der Klage nicht stattgegeben, weil das Gericht eine Aufklärung über den Ruf und Charakter des Genannten, nachdem bereits zweieinhalb Jahrhunderte seit seinem Tode vergangen waren, nicht mehr für möglich erachtete. Uebrigens erfolgte auch in Oesterreich noch vor 10 Jahren eine Verurteilung wegen Beleidigung Maria Theresias. Vorsichtige Schriftsteller der historischen Richtung tun also immerhin gut, ehe sie einer ihrer Personen etwas anhängen, sich zu vergewissern, ob das Geschlecht auch bis auf den letzten Mann ausgestorben ist.

Mehl- und Brotpreise im Landkreise Weissenfels.

Mit Wirkung ab 27. November d. J. treten im Landkreise Weissenfels folgende Mehl- und Brotpreise in Kraft:

- Mehlpreise.**
 1 Pfd. Roggenmehl M. 30.—
 1 Pfd. Weizenmehl M. 33.—
- Brotpreise.**
 1 Pfd. Brot M. 28.—
 1900 Gramm Brot M. 106.40
 4 Pfd. Brot M. 112.—

Die für die Zeit vom 27. November bis 8. Dezember d. J. ausgegebenen „S“ Marken dürfen nur zu vorstehenden Preisen geliefert werden. Ein Befreiung der „S“ Marken zu dem bis zum 26. November d. J. gültigen Preisen findet nicht statt.

Weissenfels, den 25. November 1922.
 Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.
 Nr. 160. Getreide- und Mehlstelle.

Leighenwäscherei und Leighenfuhrwesen.

Die Gebühren für die Leighenwäscherei und des Leighenfuhrwesens sind erhöht worden. Die Gebührentarife, welche mit Stempel und Unterschrift des Magistrats versehen sind, liegen in Zukunft bei der Leighenwäscherei Frau Hedwig Emmerich, Oberstr. 3 und bei dem Fuhrwerksbesitzer Hugo Schwarze, Regauerstr. 1 aus, so daß jede Gebührenerhöhung dort stets eingesehen werden kann.

Teuchern, den 25. November 1922.
 Der Magistrat. Schillen.

Schuhmacher-Zwangs-Innung Teuchern.

Die hohen Lederpreise bedingen eine Berechnung von 12 M. für das Gramm Reulleder. Auf Grund dessen folgen:

Herren-Sohlen und Absätze, genäht von 4000 M. an genagelt	3500
Damen-Sohlen und Absätze, genäht	3000
genagelt	2800
Knaben-Sohlen und Absätze 39/40	3500
36/38	3000
Kinder-Sohlen und Absätze 31/35	2000
27/30	1500
24/26	1000
20/23	800
Herren-Absätze aus Leder oder Damen Gummi-Abzß	750
Knaben-Absätze 39/40	500
36/38	650
Kinder-Absätze 31/35	550
27/30	450
24/26	400
20/23	350
800	300

Kreisverband der Schuhmacher-Innungen der Kreise Naumburg-Weissenfels-Zeitz.

Zeitungsausträger

für Gröben-Ranthal zum 1. Dezember gesucht. Geschäftst. des Wöchenl. Anzeigers.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung. Nur 2 Tage. Dienstag, den 27. und Mittwoch, den 28. November.

Die Pariserin

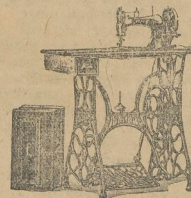
Sitzspiel in 6 Akten. Dazu ein gutes Beiprogramm.

Ortsgruppe Teuchern und Umgegend des Verein für deutsche Schäferhunde S. V. veranstaltet am Sonntag, den 3. Dezember von nachmittags 6 Uhr an ihre vierjährige

Gründungsfeier!

bestehend aus Ball, Verlosung von Hundes pp. sowie Vorführung eines Polizeihundes usw. Wozu ergebenst einladet der Vorstand. NB. Sonntag nachm. 3 Uhr im Hotel z. Schw. Verz. sammlung.

Pfaff- u. Naumann-Nähmaschinen sind erstklassiges und unverwundliches deutsches Fabrikat. Nähen - Sticken - Stopfen. Langjährige Garantie.



Vertreter: Rob. Gäbler, Teuchern. Eigene fachmännische Reparaturwerkstatt.

Kluge Frauen! trinken mit Erfolg Benediktines. Zu haben bei Curt Eitze, Drogeria.

Ein Läuferchwein zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Wir suchen per sofort ein kräftiges Dienstmädchen nicht unter 18 Jahren. Lohn pro Monat 1000 M. Köchleinerei. G-br. Gäbler, Weissenfels.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Liefrenz, Teuchern.

DRUCKSACHEN jeder Art für Geschäfts- und Privatbedarf in schwarz, bunt und Kopierfarbe fertigt billigst an. Buchdruckerei von Otto Liefrenz Teuchern, Zeitzerstrasse 10.

Ein Schwein ist zu verkaufen in Siedlung, Blumenstr. 10. **Ata** bestes Putz-u. Scheuermittel. Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik. Alleinigste Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF. **Streckenpferd-Seife** Beste Lillmilchseife f. zarte, weisse Haut und blend. schönes Teint. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiss u. sammetweich. Oberall zu haben.

Wer seine Schuhe lieb hat, nehme Schuhputz Nigrin denn es erhält die Schuh! Schwarz, braun, gelb und weiss.

Wöchentliche Anzeiger

für Denkmaler und Umgegend



Einzelnenpreis: Die sechsbehaltene Kornmaße 8.— M., Restzeit 14.— 30.

Abgabeannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Berlinerstraße 10. Bis spätestens mittags 9 Uhr. Später und vollständige Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Bank 63.00 RM. sonst direkter Betrag ins Haus beträgt 65.00 RM. Einzelnummern: 600 M.

Stierzahlreiche und monatliche Bezüge werden nicht in der Geschäftsstelle, Berlinerstraße 10, und von unserer Bank und allen Postämtern angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann ...

№ 139

Dienstag, den 28. November 1922.

61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

Dem Kabinett Cuno wurde vom Reichstag ein Vertrauensvotum erteilt.

Der Reichsfinanzminister Dr. Müller-Born ist wegen der gegen ihn gerichteten Angriffe zurückgetreten. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen.

Die Reparationskommission hat ihre Entscheidung über die deutschen Forderung auf eine Woche vertagt. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Belgrad finden dort demnächst Verhandlungen wegen des Eintrags Serbiens und Bulgariens in die kleine Entente statt.

Die deutsche Regierung ist zurückgetreten. Aufsehen von beiden liberalen Parteien Englands finden Sitzungsverhandlungen statt.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages ermächtigt die Regierung zur schleunigen Ausführung der erhöhten Besätze an die Beamten.

Vertrauensvotum für Cuno.

Der Reichstag hat am Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung nach Ablehnung eines kommunikativen Mißtrauensvotums mit großer Mehrheit das von Dr. Peterßen (Dem.) eingebrachte Vertrauensvotum angenommen, das folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Rolle vom 13. November dieses Jahres zur Grundlage ihrer Politik machen will.

Ein von kommunikativer Seite eingebrachter Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. Peterßen hatte nur noch die Unterstützung der Gruppe Ledebour und der deutschösterreichischen Gruppe gefunden.

Der Verlauf der Verhandlung.

Berlin, 25. November 1922.

In der heute fortgesetzten Besprechung der Regierungserklärung kommt zunächst der Vertreter der auf zwei Mann zusammengesetzten „Anschauer“, Abg. Schönbauer, zu Wort. Da der Kanzler zu Beginn der Sitzung noch nicht anwesend war, fordert der Redner den Reichstagspräsidenten auf, nach dem Kanzler fragen zu lassen, da er bestimmte Auskünfte von ihm zu verlangen habe. Er verlangt Auskunft über das Ergebnis der Untersuchung gegen den Ernährungsminister Dr. Müller. Er richtet an den Vertreter des Kanzlers die Frage, ob Dr. Müller noch Minister ist, aber ob er zurückgetreten sei. Der Redner bekräftigt dann die Regierungsbildung und sagt dem Kabinett Cuno ein baldiges Ende voraus.

Mitglied des Ernährungsministeriums Müller. Nach der einstündigen Rede Ledebours ergreift der Reichstagspräsident das Wort. Er teilt mit, daß Dr. Müller-Born einen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet hat. In diesem Briefe wird Bezug genommen auf die Vorfälle in der Freitagsstunde des Reichstags. Das Kabinett habe noch in der vergangenen Nacht festgestellt, daß an Dr. Müllers vaterländischer Gesinnung keinerlei Zweifel gerechtfertigt seien.

Dr. Müller erklärt, daß seine Tätigkeit sich immer auf versöhnungsmäßigen Boden bewegt habe. Trotzdem bittet er den Reichstagspräsidenten, ihn aus dem Amte des Ernährungsministers zu entlassen, zu dem er sich nicht gedrängt habe.

Der Reichstagspräsident stellt weiter fest, daß der Justizminister in der vergangenen Nacht die gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe geprüft habe. Hierbei habe der Abg. Sollmann-Wolff erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Müller zu irgend einer Zeit die Lösung der Rheinlande gewollt habe. Die Vorwürfe gegen die vaterländische Gesinnung Dr. Müllers seien damit aus. Trotzdem behauptet Dr. Müller auf seinem Mikrophon, weil ihm die zu Tage getretenen Gegenstände die Konzentration aller Kräfte auf sein hochbedauerliches Amt unmöglich machen würde.

Der Reichstagspräsident erklärt, daß er zu seinem Bedauern das Gesandte Dr. Müllers unterstützen müsse, weil in dieser Zeit unauflöslicher Parteikampf vertrieben und fruchtbarer Arbeit geleistet werden müsse. Er hoffe, daß das Kabinett bald ergänzt sein werde und schneller an die verstandnisvolle Mitarbeit des Reichstags (Beifall in der Mitte.)

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abg. Stresemann, geht zunächst kurz auf den Fall Müller ein, der durch den Austritt des Ministers aus der weiteren politischen Debatte ausscheidet. Der Redner weist dann den Vorwurf Breitscheldts zurück, die Deutsche Volkspartei habe der Schaffung der großen Koalition Schwierigkeiten gemacht. Die Regierungsbildung sei überhaupt nicht, wie die Legende sagt, durch die Parteien und Fraktionen des Reichstags erschwert worden. Obwohl innerhalb des Hauses wie auch unter den Führern der Wirtschaft sei es für den Kanzler schwer gewesen, verantwortungsbewusste Mitarbeiter zu finden. Der Redner rügt es besonders, daß verschiedene Diplomaten, an die der Ruf zur Übernahme des vaterländischen Amtes erging, es nicht einmal für nötig gehalten hätten, sich zu äußern.



Der Reichstagspräsident hat dem Vertrauensvotum nicht zustimmen, weil dem Kabinett das nationale bürgerliche Herz fehle.

Abg. Müller-Franzen (Soj.) wirft die Frage auf, wohin das führen solle, wenn die Vertreter von solchen Parteien hätten, die nur drei Mann zählen, hundertlange Reden halten. Der Redner verteidigt dann die Haltung seiner Fraktion gegenüber den Angriffen aus dem feindlichen Lager. Seine Fraktion habe sich durchaus nicht bedingungslos auf den Boden der Note vom 13. November gestellt. Die Arbeiter müssen sich aufhaken gegen die Zusammenarbeit mit einer Partei, in deren Reihen ein Politiker sitzt, dessen Verhalten der Reichstagspräsident ist. Der Redner erklärt, daß seine Partei das Kabinett nicht ablehnt, daß es von seinen Kandidaten nicht getrieben wird. Das Kabinett sei nur ein verflehtes Kabinett der Arbeitgemeinschaft. Alle Schritte der Regierung zur Stabilisierung der Mark werden auch von den Sozialdemokraten unterstützt werden. Der Boden der sachlichen Opposition soll nicht verlassen werden.

Darauf wird auf Antrag Peterßen (Dem.) gegen die Kommunisten der Schluß der Besprechung beschlossen. Schließlich gibt Abg. Sollmann noch eine Erklärung in der Angelegenheit Müller-Born ab. Der Redner bekräftigt, daß er von seinen Kandidaten keine Dr. Müller irgend etwas zurückgenommen habe, wie man aus den Worten des Reichstagspräsidenten entnehmen könne.

Es folg dann die eingangs mitgeteilte Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Zur Lage.

Eine sozialistische-kommunistische Regierung in Sachsen? Wie die kommunistische „Sächsische Arbeiterzeitung“ mitteilt, hat die R. P. D. der S. P. D. mitgeteilt, sie sei bereit, mit ihr ein gemeinsames Programm zu einer Arbeiterregierung aufzustellen. In dem Brief wird festgestellt, daß die Sozialisten die Forderung an die R. P. D., die Verfassung anzuerkennen, fallen gelassen hätten, eine Behauptung, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt.

Gehts Autolagen. Der Eisenbacher Schriftsteller und Kunstgewerbe Kaufmann Stoch hat vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Herstellung von zwei Reichsadler-Plakaten für den Gebrauch im persönlichen Dienste des Reichspräsidenten erhalten. Die Autolagen werden in Serie ausgeführt.

Die Verhandlung gegen die Edermann-Aktenblätter. Der Prozeß gegen den Kaufmann Edermann und den Landwirt Delschläger, die die Edermann-Aktenblätter im Kaiser Oberbürgermeister Edermann angelegt sind, ist vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik auf den 4. Dezember d. J. angesetzt worden. Es sind 14 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Der Prozeß dürfte drei Tage in Anspruch nehmen.

Verbot von „Nacktkampfmitteln“ in Bayern. In Bayern ist durch Ministerialverordnung das Tragen von Raufingern, Schlagringern, Lochschlägern, Schleudern aller Art, Knütteln aus Gummi, Holz, Metall oder anderen Stoffen verboten worden.

Das Urteil der „Times“ über Cuno. London, 26. Nov. In einem Artikel der „Times“ über das Kabinett Cuno heißt es, die Reparationsstrafe und die innere Finanzstrafe Deutschlands forderten eine Regierung, die frei und objektiv handeln könne, ohne zu sehr durch Parteifesseln gehemmt zu sein. Die Rede Cunos sei zwar persönlich klug, jedoch vom Standpunkte der Alliierten wenig ermutigend. Infolge seiner persönlichen Verbindungen durch Schiffahrtsinteressen mit dem westlichen Europa und Amerika habe er offenbar die Absicht, die Tore für diesen Verkehr mit dem Westen so lange wie möglich offen zu halten. Jetzt, wo eine deutsche Reparationsnote vom 13. November, die in der Luft hängen blieb, endlich im einzelnen erörtert werden.

Amerika und die Besatzungsstellen. Paris, 26. Nov. Amerika hat seine Teilnahme an der demnächst in Paris stattfindenden Konferenz über die Besatzungsstellen angefragt. Der Internationals Sekretär des Schatzamts, Randschwarz, wird, wie die „Chicago Tribune“ meldet, Amerika auf dieser Konferenz vertreten.

Die nächste Sitzung des preussischen Staatsrats. Berlin, 26. Nov. Der preussische Staatsrat tritt am Dienstag, den 28. November, zu einer kurzen Sitzung zusammen.

Englische Ingegnieure an die Türken. Genäve, 26. Nov. Die Engländer haben Ismed Pascha die Einziehung von Barzakisch in Adrianopel, ebenso von Zimostitz, südlich von Adrianopel, zugesprochen. Die englisch-türkischen gegenseitigen Konzeptionen beginnen auch in anderen Fragen sich abzugleichen.

Englisches Kapital für Strupp in Russland. Berlin, 26. Nov. Nach einer Witterungsbildung zwischen der Firma Strupp und einer englischen Interessentengruppe eine Vereinbarung über die Ausnutzung der Strupp-Konzession in Russland zustande gekommen. Von englischer Seite werden 75 v. H. des notwendigen Kapitals zur Verfügung gestellt. Als Vermittler bei dieser Vereinbarung trat Herr Krupp auf, der selbst aber nicht beteiligt ist.

Die Krise der Reparationsfrage. London. Morgen lehnte eine Unterredung mit Poincaré ab, wie er die Ablehnung gewisser Vorbedingungen, darunter fünfjähriges Moratorium und Reduktion der Reparationen. — Morrell richtete im Unterhaus an die Regierung die entscheidende Frage, was sie tun wolle, wenn Frankreich seine Zustimmung zum Moratorium von der Rückzahlung oder der Abführung der Rheinlande von Deutschland abhängig mache. — Die Arbeiterpartei opponiert schärfstens gegen jede Ausdehnung der französischen Besatzung durch belgische oder andere Truppen. — Die „Times“ bespricht das Kabinett und das Programm Cunos nicht unfreundlich.